

N I E D E R S C H R I F T

über die 49. Sitzung des Bauausschusses

vom:	10.06.2002
von:	15:30 Uhr
bis:	18:10 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Bauausschuss:

Schneider, Manfred - als Vorsitzender -
Boldt, Axel
Flender, Friedhelm
Gaden, Helga
Grünekle, Klaus-Joachim
Hellmann, Horst - bis 17.40 Uhr, Ende ö. T. -
Leonhardt, Traugott - für AM Hellmann, Horst ab 17.40 Uhr -
Moll, Ilona - für Stv Rothenpieler, Wilhelm -
Panthöfer, Ulrich
Reitz, Manfred
Schultz, Walter
Siebel, Helmut
Sintzen, Gerlinde - für Stv Schulte, Werner -
Vogler, Alfred - für AM Wagener, Eckhard von 15.50 Uhr bis 16.50 Uhr,
während TOP 7 ö. T. -
Wagener, Eckhard

II. Beratende Mitglieder:

Berner, Hans
Delius, Friedmund

III. Als Zuhörer:

IV. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet ab 14.30 Uhr eine Ortsbesichtigung in der Bertha-von-Suttner Gesamtschule (Besichtigung der Heizungsanlage) statt.

Zur Tagesordnung:

Die Tagesordnung wird im nichtöffentlichen Teil um die Punkte 5.1 bis 5.3 erweitert.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Delius bestimmt.

49. BA 10.06.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Die Niederschrift über die Sitzung vom 29.04.2002 wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

Zu TOP 6 (Sachstandsbericht zum Einbau einer Holzhackschnitzel-Heizung in der Gesamtschule Siegen, Kolpingstraße) der Niederschrift über die Sitzung vom 13.05.2002 fehlen Frau Moll die kritischen Wortbeiträge sowohl von Herrn Hellmann als auch von ihr selbst.

Anmerkung zur Niederschrift:

Herr Hellmann war der Meinung, dass die Stadt Siegen ein solches Pilotprojekt nicht starten sollte. Nutznießer wären allein die hiesigen Holzanbieter, die seines Erachtens lediglich ihre Waldanteile möglichst gewinnbringend vermarkten wollen. Weiterhin sieht er eine Holzhackschnitzel-Heizung als Rückschritt in die Vergangenheit.

Frau Moll führte an, dass in Siegen und Umgebung hauptsächlich Nadelhölzer wachsen, deren Holz als Brennstoff für eine solche Heizanlage nicht geeignet ist. Weiterhin bezweifelte sie die Vorstellung der Verwaltung bezüglich Wartung und Beschickung der Holzheizung. Der Brandschutz sei nicht genügend berücksichtigt, es könnte sehr schnell zu einer Verpuffung kommen. Sie wies darauf hin, dass ihre Aussagen auf eigenen Erfahrungen basieren.

Unter Berücksichtigung dieser Ergänzungen wird die Niederschrift über die Sitzung vom 13.05.2002 bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

49. BA 10.06.2002

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

49. BA 10.06.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

49. BA 10.06.2002

- 5. Bebauungsplan Nr. 1 „Am Höhkopf“ in Siegen-Feuersbach, 2. Änderung hier:**
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
 - Aufstellungsbeschluss

Vorlagennr. 1963/2002

Auf Fragen der Herren Delius und Reitz antwortet Frau Rohr, dass trotz der Höhenunterschiede im Gelände eine Entwässerung über die Kirlestraße durch den Einbau von Pumpen gesichert werden kann. Niederschlagswasser wird über ein Trennsystem versickert.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 2 (1) BauGB die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Am Höhkopf" in Siegen-Feuersbach.

Das Plangebiet (siehe Übersichtsplan als Anlage) liegt im Stadtteil Feuersbach an der Kirlestraße und ist größtenteils bebaut.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**6. Aufstellung eines Bebauungsplanes im Bereich Walzenweg, Freudenberger Straße, Trupbacher Straße, Stadtteil Trupbach;
hier: Grundsatzbeschluss zur Einleitung des Bauleitplanverfahrens**

Vorlagennr. 1982/2002

Frau Gaden weist auf die Konfliktsituation zwischen Standortsicherung bestehender Gewerbebetriebe einerseits und Wohnbebauung andererseits hin. Ein verträgliches Miteinander ist zu gewährleisten. Es könnte darüber nachgedacht werden, im Vorfeld Grenzwerte bezüglich des Immissionschutzes und maximal zulässige Gebäudehöhen festzusetzen.

Unter Beachtung der Interessen der anliegenden Wohnbevölkerung sollte der antragstellende Gewerbebetrieb nach Möglichkeit unterstützt werden, meint Herr Reitz.

Um Immissionen möglichst gering zu halten, schlägt Herr Schneider vor, die betriebserweiternden Gebäude alternativ auf dem jetzigen Parkplatzgelände zu errichten und somit einen größeren Abstand zum Bereich der Kernbebauung Trupbachs zu erwirken. Der Parkplatz könnte entsprechend verlagert werden.

Frau Rohr sagt zu, dass die Anregungen bis zur Vorstellung des Offenlegungsbeschlusses überdacht werden.

Beschluss:

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, das Bauleitplanverfahren vorzubereiten und in das Arbeitsprogramm der Abteilung Stadtplanung für das Jahr 2003 einzustellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

7. Einbau einer Holzhackschnitzel-Heizung in der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule, Kolpingstraße

Vorlagennr. 1983/2002

Herr E. Wagener erklärt sich gem. § 31 GO NW für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil. Herr Vogler übernimmt seine Vertretung.

Der Ausschuss kommt auf Antrag von Herrn Delius mehrheitlich überein, keinen Beschluss zu fassen, sondern die Beratung lediglich als Informationsaustausch zu betrachten.

Herr Dr. Kraft erläutert das von ihm erstellte Kurzprotokoll über die Besichtigungen einer Hackschnitzelproduktionsstätte in Langenbach und der Holzheizungsanlage im

Schulzentrum der Verbandsgemeinde Hachenburg am 06.06.2002, an der Mitglieder des Bauausschusses und des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie teilgenommen haben. Das erwähnte Kurzprotokoll wird der Niederschrift als Anlage ebenso beigelegt, wie auch eine Beurteilung von Holzhackschnitzelheizungen durch Herrn Groß als erstem Beigeordneten der Verbandsgemeinde Hachenburg und zwei weitere diesbezügliche Übersichten.

Herr Reitz macht geltend, dass auch nach den heutigen Ausführungen und den Berücksichtigungen einige Bedenken noch nicht ausgeräumt werden konnten. So müsste neben dem stark reduzierten CO₂- Ausstoß im Wege einer Gesamt-Ökobilanz dargestellt werden, zu welchen ökologischen Mehrbelastungen (z. B. aufgrund zusätzlich erforderlicher Logistik) eine Holzheizung führt. Bezüglich des technischen Aspektes möchte er darüber informiert werden, auf welche mehrjährigen Erfahrungen (mindestens 3 Jahre) andere Anwender zurückblicken können und wie zeitnah bei einem Ausfall der Anlage Ersatzteilversorgung und Reparatur gewährleistet sind. Aussagen zu dem Hackschnitzelpreis und dessen voraussichtlicher Entwicklung sind zu treffen. Eine Gefahr sieht Herr Reitz in der Monopolstellung der derzeitigen Anbieter. Eine Kopplung an Gas- bzw. Ölpreis ist zu überdenken. Kosten für die erforderliche Brennstofftransporten und die benötigte Holztrocknungsanlage sind zu berücksichtigen.

Er schlägt vor, eine Arbeitsgruppe aus den Reihen des Bauausschusses unter Beteiligung eines Vertreters der Verwaltung zu bilden, die sich mit der Thematik vor einer endgültigen Beschlussfassung auseinandersetzt.

Herr Delius begrüßt die grundsätzlichen Überlegungen zur Nutzung regenerativer Energien. Dennoch ist er der Auffassung, dass die vorgeschlagene Holzhackschnitzelheizung *nicht* zu den in der Vorlage aufgezeigten Einsparungen führen würde. Bei betriebswirtschaftlich korrekter Einbeziehung der Abschreibungen (auch der Förderungskosten) und bei Zugrundelegung der (noch unbekannten) endgültigen Investitionskosten wird sich die Kostensituation seines Erachtens nicht viel anders als bei herkömmlichen Heizungsanlagen darstellen. Dennoch tendiert er bei ähnlichen Kosten zur ökologischen Variante.

Den vorgesehenen Grundriß des Vorratsbehälters erachtet er als zu klein, die Höhe als zu groß. Die Kosten einer LKW-tauglichen Zufahrt zum Behälter sind in die Überlegungen einzubeziehen. Eine Verwendung von Rohstoffen aus eigenem Forst ist seiner Meinung nach kurzfristig nicht zu realisieren. Eine Koppelung des Hackschnitzelpreises sollte nach Möglichkeit an andere Parameter als an Gas- bzw. Ölpreis erfolgen.

Um neben den ökologischen auch die finanziellen Aspekte ausreichend würdigen zu können, sollten die Ausschreibungsergebnisse abgewartet werden, so Frau Gaden.

Technisch gesehen bezeichnet Herr Hellmann eine Holzhackschnitzel-Heizung als Rückschritt in die Vergangenheit. In der Gemeinde Wilnsdorf wurde seines Wissens die Anschaffung einer solchen Anlage abgelehnt; über die Gründe dafür würde er gerne aufgeklärt. Eine Investitionsentscheidung, die nicht vorhersehbare Folgekosten mit sich bringt, sollte nicht allein vor dem Hintergrund der Bezuschussung der Anschaffungskosten getroffen werden.

Herr Leonhardt räumt ökologischen Aspekten und dem Prinzip der Nachhaltigkeit eine hohe Priorität ein und votiert daher zugunsten der Holzheizung, wenn deren Anschaffung finanziell vertretbar ist.

Mit der Anschaffung einer Holzhackschnitzelheizung würde keine Pionierstellung der Stadt Siegen begründet, so Herr Brune. In Bayern werden Anlagen dieser Art auf zwischenzeitlich sehr hohem technischen Niveau erfolgreich eingesetzt. Er zitiert aus der Präambel einer durch den Kreistag des Kreises Siegen-Wittgenstein verfassten Resolution, wonach die Verwendung regenerativer Energie durch den Kreis Siegen-Wittgenstein als walddreichster Region innerhalb der Bundesrepublik stark befürwortet wird. Vertraglich ist mit einem künftigen Rohstofflieferant neben einer Preisanpassungsklausel zu vereinbaren, dass nicht das Rohmaterial, sondern die Energie, die daraus gewonnen wird, Kaufgegenstand ist und dass der Lieferant für Schäden durch die Verwendung zu feuchten Holzes haftet.

Zur Äußerung von Herrn Delius merkt er an, dass das kameralistische System einer betriebswirtschaftlich korrekten Einbeziehung der Abschreibungskosten widerspricht.

- ◆◆◆ Der Bauausschuss vergibt die Beratung. Er richtet eine Arbeitsgruppe ein, die sich mit den offenen Fragestellungen zum Thema „Holzhackschnitzelheizung“ befasst. Mitglieder sind je zwei noch zu benennende Vertreter der CDU- und der SPD-Fraktion und je ein noch zu benennender Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der UWG- und der FDP-Fraktion. Die Arbeitsgruppe wird unter Hinzuziehung der Verwaltung (auch Rechnungsprüfungsamt und ggf. Kämmerei) nach Submission am 02.07.2002 im Rahmen der Wertung der Angebote zusammentreten. Die Verwaltung wird bis dahin beauftragt, auch im Sinne der Kostensicherheit Referenzen von Anwendern des Holzheizsystems im süddeutschen Raum (Bayern, Baden-Württemberg), aus Österreich und der Schweiz einzuholen.

8. Ausbau der Stadtstraße Fludersbach - von der Frankfurter Straße bis Einmündung Peipers Halde -

Vorlagenr. 1840/2002

Ergänzend zur Vorlage führt Frau Schreiber aus, dass abhängig von einer bereits beauftragten Untersuchung ggf. die Erneuerung einer weiteren Mauer erforderlich ist. Diese würde im Zusammenhang mit der Gesamtmaßnahme durchgeführt.

Frau Gaden bittet, nach Möglichkeit Sorge dafür zu tragen, dass sich der Einmündungsbereich „Fludersbach“/Frankfurter Straße nicht zu einem Unfallschwerpunkt entwickelt. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auch der Knotenpunkt Schleifmühlchen dringend zu beplanen und auszubauen.

Vorfürhreife Planungen zum Knotenpunkt Schleifmühlchen sollten möglichst kurzfristig präsentiert werden, fügt Herr Vogler hinzu. Er kann nicht nachvollziehen, warum der Ausbau der Straße „Fludersbach“ und die Neugestaltung des Hauptunfallschwer-

punktes in Siegen nicht gleichzeitig erfolgen.

Unfällen mit Kindern an Bushaltestellen ist weitestgehend vorzubeugen. Bei der Einrichtung der Haltestellen sind alle denkbaren Fahrtrichtungen zu berücksichtigen.

Herr Schlenther führt aus, dass die Unterlagen zum Ausbau des Knotenpunktes Schleifmühlchen in Form eines Kreisels der Bezirksregierung vor rd. zwei Wochen vorgestellt wurden. Die grundsätzliche Förderfähigkeit wurde von dort bejaht, aber keine Aussage darüber getroffen, in welchen Jahren mit einer Zuschussauszahlung gerechnet werden kann. Die Diplomarbeit einer Studentin der Universität Siegen zum Ausbau des Verkehrsknotenpunktes Schleifmühlchen ist abgeschlossen und wird in einer der nächsten Sitzungen sowohl dem Bau-, als auch dem Verkehrsausschuss vorgestellt.

Da an Buskaps stehende Busse ein Verkehrshindernis darstellen, möchte Herr Reitz über die Frequentierung der künftigen Buskaps informiert werden.

Herr Schlenther wird die Frage zur Niederschrift beantworten.

Anmerkung zur Niederschrift:

Nach derzeit gültigem Fahrplan der VWS kommt es in Hauptverkehrszeiten zu 3 Fahrten pro Stunde pro Richtung.

Herr Schneider bittet, darauf zu achten, dass stadteinwärts unterhalb der Feuerwehr keine Bushaltestellen eingerichtet werden. Die KAG-Beiträge sollten möglichst gering gehalten und nach Möglichkeit von den Versorgungsunternehmen übernommen werden, die ggf. weitere Maßnahmen durchführen.

Beschluss:

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, die Stadtstraße Fludersbach von der Frankfurter Straße bis zur Einmündung Peipers Halde, wie in dem der Vorlage als Anlage beigefügten Plan dargestellt, auszubauen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

9. Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 im Fachbereich 7 - Städtebau und Umwelt

Vorlagennr. 1957/2002

Herr Reitz ist der Auffassung, dass Gedanken über evtl. erforderliche Deckungsvorschläge bis zur Vorlage des nächsten Haushaltsvollzugsberichtes verschoben werden sollten, weil dann konkretere Aussagen zu Entwicklungen der einzelnen Einnahme- bzw. Ausgabeansätze getroffen werden können.

Beschluss:

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

10. Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 im Fachbereich 8 - Abt. 8/1 - Grünflächen - (Bereich Bestattungswesen)

Vorlagennr. 1970/2002

Herr Reitz verweist auf seinen Wortbeitrag zu Tagesordnungspunkt 9.

Beschluss:

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

11. Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 im Fachbereich 9 - Bauverwaltung / Straße und Verkehr

Vorlagennr. 1971/2002

Herr Reitz verweist auf seinen Wortbeitrag zu Tagesordnungspunkt 9.

Beschluss:

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

12. Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG)

Mündlicher Bericht

Der Vermerk, den Herr Dr. Kraft als Grundlage für seinen Vortrag heranzieht, ist der Niederschrift in Kopie als Anlage beigelegt.

Herr Reitz hofft, dass die aus der Gesetzesnovellierung erwachsenden, zusätzlichen Aufgaben durch das vorhandene Personal bewältigt werden können.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

49. BA 10.06.2002

13. Standortentscheidung über die Anlage eines Spielplatzes im Baugebiet „Wiedthal“, Bericht über die Ortsbesichtigung

Mündlicher Bericht

Ein Vermerk über den von Frau Rohr vorgetragenen Sachverhalt und ein Lageplan sind der Niederschrift in Kopie als Anlage beigelegt. Frau Rohr ergänzt, dass von einem Bau des Spielplatzes nach Prioritätenliste im Jahr 2004 auszugehen ist.

Herr Schneider fügt hinzu, dass sich auch die Anwohner mit der von Frau Rohr vorgestellten und in der Ortsbesichtigung befürworteten Variante (Standort 4) einverstanden erklärt haben.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

49. BA 10.06.2002

14. Straßenreparaturarbeiten (Beseitigung von Winterschäden)

Mündlicher Bericht

Anhand von Aufstellungen, die der Niederschrift in Kopie als Anlage beigelegt sind, erläutert Herr Koch die einzelnen Maßnahmen.

Auf Frage von Herr Schneider antwortet er, dass die aufgeführten Punkte der Reihe nach abgearbeitet werden. Abweichungen können resultieren, wenn eine Sanierungsfähigkeit nicht gegeben bzw. die Sanierung unwirtschaftlich ist (z. B. Bergstraße). In diesen Fällen werden die betroffenen Maßnahmen im Bauausschuss gesondert vorgestellt.

Herr Vogler vermisst die Aufführung der Dillenburger Straße.

Herr Schultz macht darauf aufmerksam, dass die Talsbachstraße in sehr schlechtem

Zustand und insbesondere ab der Gesamtschule fast nicht mehr befahrbar ist.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

49. BA 10.06.2002

15. Ausbau der Giersbergstraße

Mündlicher Bericht

Herr Koch präsentiert anhand von zwei Folien, die der Niederschrift in Kopie als Anlage beigelegt sind, zwei unterschiedliche Ausführungsvarianten der Gestaltung des Einmündungsbereiches Giersbergstraße / Bürbacher Weg (Folie 1 als „klassische“ Variante, Folie 2 als Kreisellösung).

Mit der Polizei wurde ein Ortstermin vereinbart, in dem die Polizei von der Kreisellösung aufgrund der Befürchtung der Schaffung eines Unfallschwerpunktes abgeraten hat. Auf schwierige Fahrbeziehungen, insbesondere für den Bergaufverkehr, wurde aufmerksam gemacht. Die nahezu geradlinige Durchquerung für den Bergabverkehr wurde als weiteres Problem gesehen. Die Leistungsfähigkeit des Kreisels wäre bei LKW ab einer Länge von 12 m überschritten. Die Polizei hat sich im Ergebnis für die „klassische“ Variante ausgesprochen.

Herr Vogler verweist auf untragbare Zustände für den aus dem Bürbacher Weg kommenden Verkehr. Mit einem Kreisel, wie sowohl im Verkehrs- als auch im Bauausschuss gefordert, und einer sinnvoll gesteuerten Lichtsignalanlage im Kreuzungsbereich der Giersbergstraße mit dem Hohlen Weg / Hainer Hütte kann wirksam Abhilfe geschaffen werden. Eine Verkehrsberuhigung des Bergabverkehrs in der Giersbergstraße sollte erfolgen.

Bei der „klassischen“ Variante ist eine Aufstellung der Fahrzeuge in beide Fahrrichtungen aus dem Bürbacher Weg kommend (als zusätzliche Verschlechterung gegenüber dem status quo) nicht möglich, so Herr Delius. Die Probleme bezüglich der von der Polizei angeführten problematischen Fahrbeziehungen lassen sich seines Erachtens durch eine Verlagerung des Kreismittelpunktes lösen.

Auch Herr Schneider favorisiert die Kreisellösung.

Herr Schlenther bietet an, mit der Polizei ein weiteres Gespräch unter Berücksichtigung der in der Diskussion vorgebrachten Anregungen zu führen. Zuschussmäßig sieht er kein Problem, wenn dem Vorschlag von Herr Delius gefolgt würde.

Beschluss:

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen spricht sich für eine Kreisellösung im Einmündungsbereich Giersbergstraße / Bürbacher Weg aus. Er beauftragt die Verwaltung, Gespräche mit allen beteiligten Stellen unter Zugrundelegung eines gegenüber der heutigen Präsentation (Folie 2) verlagerten Kreismittelpunktes zu führen

und über die Ergebnisse möglichst kurzfristig zu informieren. Die Angelegenheit ist auch im Verkehrsausschuss zu beraten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

49. BA 10.06.2002

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Stadtplanung
Bearbeitet von: Herrn Brede

Datum
27.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bezirksausschuss III - Ost	06.06.2002
Bauausschuss	10.06.2002
Haupt- und Finanzausschuss	03.07.2002
Rat	17.07.2002

Betreff:

Bebauungsplan Nr. 1 "Am Höhkopf" in Siegen-Feuersbach, 2. Änderung;
hier: ➤ Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
➤ Aufstellungsbeschluss

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 2 (1) BauGB die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Am Höhkopf" in Siegen-Feuersbach.

Das Plangebiet (siehe Übersichtsplan als Anlage zur Vorlage) liegt im Stadtteil Feuersbach an der Kirlestraße und ist größtenteils bebaut.

Sachverhalt / Begründung:

2.1 Ausgangslage

Bei dem Plangebiet handelt es sich um einen größtenteils bebauten Alt-Standort an der Kirlestraße in Feuersbach.

Der Bebauungsplan Nr. 1 "Am Höhkopf" ist seit dem 25.09.1968 rechtsverbindlich und durch eine 1. vereinfachte Änderung vom 01.07.1972 angepasst worden.

Auf der Südseite der vorhandenen Bebauung unterhalb der Kirlestraße und durch einen Wirtschaftsweg erschlossen liegen zwei landwirtschaftliche Flächen, die teilweise mit Fichten bepflanzt sind.

2.2 Städtebauliches Ziel

Es ist städtebauliches Ziel, diese beiden ca. 3.000 m² großen Flächen im Rahmen der Innenentwicklung als Arrondierung der Wohnbebauung durch eine Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Am Höhkopf" umzuplanen.

Im FNP der Stadt Siegen sind diese Flächen bereits als "Allgemeines Wohngebiet" (WA) dargestellt.

Das Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Siegen sieht die Erschließung dieses Wohngebietes an der Kirlestraße für den Zeitraum 2003 bis 2005 vor.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Jährliche Folgekosten	FINANZIERUNG Eigenanteil	FINANZIERUNG Objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

VERANSCHLAGUNG

<input type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlage: 1

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Stadtplanung
Bearbeitet von: Herrn Lüster

Datum
28.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bauausschuss

10.06.2002

Betreff:

**Aufstellung eines Bebauungsplanes im Bereich Walzenweg, Freudenberger Straße, Trupbacher Straße, Stadtteil Trupbach;
hier: Grundsatzbeschluss zur Einleitung des Bauleitplanverfahrens**

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, das Bauleitplanverfahren vorzubereiten und in das Arbeitsprogramm des Jahres 2003 der Abteilung Stadtplanung einzustellen.

Sachverhalt / Begründung:

1. Planungsanlass

Von der Firma Leonhard Breitenbach GmbH - Produktionspalette Rund um die Walze - liegt ein Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes vor.

Ziel des Antrages ist die Schaffung von Bauplanungsrecht für eine Betriebserweiterung in dem Bereich zwischen Walzenweg, Freudenberger Straße und Trupbacher Straße (Anlage 1) verbunden mit einer geplanten Zufahrt von der Trupbacher Straße.

2. Städtebauliche Ausgangssituation

Das Betriebsgelände der Firma Breitenbach ist im wirksamen Flächennutzungsplan (FNP) als Industrie-/Gewerbegebiet (GI/GE) dargestellt.

Die Fläche für die geplante Betriebserweiterung zwischen vorhandenem Betriebsgelände und der Trupbacher Straße liegt im städtebaulichen Außenbereich (§ 35 BauGB) - siehe Anlage 1 - und ist im wirksamen FNP als Mischgebiet (MI) dargestellt. Der östliche Teilbereich der Erweiterungsfläche wird bereits als Parkplatz für die Beschäftigten der Firma Breitenbach genutzt.

Unmittelbar nördlich der Erweiterungsfläche schließt ein Wohngebiet - städtebaulicher Innenbereich § 34, im wirksamen FNP als Allgemeines Wohngebiet (WA) dargestellt - an.

3. Planung - Städtebauliches Konzept

Eine vorrangige Aufgabe jeder Gemeinde ist die Schaffung von gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnissen.

Auf der Erweiterungsfläche der Firma Breitenbach ist neben einer geplanten Zu- und Abfahrt zur Trupbacher Straße ein Gewerbebau mit Bearbeitungsstätten zur End-/Feinstbearbeitung der Walzen geplant. Diese Betriebserweiterung ist mittelfristig angedacht. Der vorhandene Parkplatz soll in seiner Lage unverändert bleiben.

Die Konfliktbewältigung des engen Nebeneinander von Wohnen und Gewerbe und die nachhaltige Sicherung des Gewerbestandes der Firma Breitenbach kann nur durch einen Bebauungsplan erreicht werden, der sowohl den wirtschaftlichen Belangen als auch den Wohnbedürfnissen der Bevölkerung Rechnung trägt.

Im Sinne einer ausreichenden Investitionssicherheit ist es im Interesse des ansässigen Betriebes, eine planungsrechtliche Situation zu schaffen, die auf der Erweiterungsfläche die betrieblichen Entwicklungsmöglichkeiten ermöglicht.

Der Eingriff in Natur und Landschaft sowie der Immissionsschutz sind besonders zu berücksichtigen.

4. Umsetzung der Planung

Das Bebauungsplanverfahren könnte in Regie eines Investors (Firma Breitenbach) unter städtebaulicher Begleitung durch die Stadt Siegen (Abteilung Stadtplanung) durchgeführt werden. Der Investor würde alle zur Durchführung des Projektes notwendigen Planungen, Gutachten sowie die Herstellung erforderlicher Erschließungsanlagen einschl. Finanzierung übernehmen.

Für die Kostenregelung wäre dann ein städtebaulicher Vertrag / Erschließungsvertrag abzuschließen.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Jährliche Folgekosten	FINANZIERUNG Eigenanteil	FINANZIERUNG Objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich
------------------------------	--------------------------	-----------------------------	---	--

VERANSCHLAGUNG

<input type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
--	--	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Schul

Anlagen

Übersichtsplan mit Abgrenzung Innenbereich / Außenbereich

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Hochbau
Bearbeitet von: Herrn Pucker

Datum
28.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bauausschuss

10.06.2002

Betreff:

Einbau einer Holzhackschnitzel-Heizung in der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule, Kolpingstraße

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, in der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule, Kolpingstraße, eine Holzhackschnitzel-Heizung einzubauen.

Sachverhalt / Begründung:

Die Heizungsanlage aus dem Jahre 1974 ist nach 28 Betriebsjahren abgängig und muss erneuert werden. Die Maßnahme ist im Schulausschuss beschlossen und im Haushalt mit 130.000,00 € eingestellt. Der inzwischen genehmigte Zuschuss für eine Holzheizung von 86.000,00 € für diese Anlage muss bis Dezember 2002 abgerechnet sein.

Für die Anlage soll ein Kessel für den Betrieb mit Holzhackschnitzel mit ca. 350 kW eingesetzt werden. Der vorhandene 12 Jahre alte Gaskessel mit ca. 230 kW soll bestehen bleiben, um die Spitzenlast im Winter und die Teillast im Sommer zu übernehmen. Nach Beratung des Sachstandsberichtes vom 24.04.2002 in der Sitzung des Bauausschusses am 13.05.2002 soll vor allem die Kostenseite detailliert dargestellt werden.

Die Vergleichsberechnung wurde auf der Basis der VDI 2067 mit folgenden Grundlagen durchgeführt :

Die Investitionskosten sind nach inzwischen vorliegenden Angeboten für die Holzheizung mit 185.000,00 € abzüglich 56.000,00 € Zuschuss = 129.000,00 € und für die Gas-Brennwertkesselanlage mit 90.000,00 € anzusetzen.

Für die Kapitalkosten wird ein Zinssatz von 6 % zugrunde gelegt.

Als Brennstoff sind Holzhackschnitzel aus Industrieholz, Klasse A 1, gemäß Ö-Norm M 7133, Klasse G 30, W 30, mit einem Heizwert von 3.740 kWh/t vorgesehen. Gleiches Holz wird auch in entsprechenden Anlagen in Kirchen und Hachenburg eingesetzt. Der Kessel ist aber auch geeignet für Waldhackschnitzel bis Klasse W 35. Die Feuchte W 35 wird nach Ablagerung des Holzes über einen Sommer erreicht. Ziel muss es sein, nach einer entsprechenden Aufbauphase die Hackschnitzel aus stadteigenem Holzaufkommen einzusetzen.

Für die Hackschnitzel liegen z. Z. zwei Angebote vor. Die Preise hängen in sehr starkem Maße von den Transportkosten ab und schwanken von 35,00 €/t bis 65,00 €/t. Die Berechnung wurde mit einem Preis von 60,00 €/t und alternativ mit einem Preis von 40,00 €/t durchgeführt.

Für den Brennstoff Gas wurden die Preise mit Stand April 2002 eingesetzt.

Für die elektrische Hilfsenergie ist der für das Gebäude gültige Durchschnittspreis von 0,10 € eingesetzt.

Die Bedarfsermittlung für den Brennstoff basiert auf dem Brennstoffeinsatz aus dem Jahre 2001 mit 850.000 kWh Hu. Unter Berücksichtigung einer Einsparung für die neue Anlage wird ein Brennstoffbedarf von 800.000 kWh Hu zugrunde gelegt. Davon sind 200.000 kWh Hu durch den Gaskessel von 620.000 kWh Hu durch den Holzkessel abzudecken. Wegen des etwas schlechteren Wirkungsgrades des Holzkessels wurden hier 20.000 kWh Hu zusätzlich eingesetzt. Hieraus ergibt sich ein Bedarf von 166 t Holzhackschnitzel.

Auf der zuvor beschriebenen Grundlage sind in Tabelle 1 (Anlage 1) die Investitions-, Kapital- und Instandhaltungskosten dargestellt. In der Tabelle 2 (Anlage 2) sind die kapitalgebundenen Kosten, die verbrauchsgebundenen Kosten und die betriebsgebundenen Kosten mit folgendem Ergebnis berechnet :

Bei dem Einsatz von Holz mit 60,00 €/t ergibt sich eine Einsparung zugunsten der Holzheizung von ca. 5.600,00 €/Jahr. Bei einem Einsatz von Holz mit 40,00 €/t ergibt sich eine Einsparung von ca. 9.000,00 €/Jahr. Der Vorteil für die Holzheizung wird somit zwischen 5.600,00 €/Jahr und 9.000,00 €/Jahr liegen.

Der Vollständigkeit halber sind nochmals die Schadstoffbelastungen aus der Kesselanlage aufgeführt und für den Standort Siegen die Immissionsgrenz- und -messwerte.

Schadstoffbelastung	CO ₂ kg	SO ₂ kg	NO _x kg	CO kg	Staub kg
Holz- / Gasheizung	40.000	124,4	220	255,2	27,4
Gasheizung	160.000	1,6	112	128,0	3,2
Minder- / Mehrbelastung	-120.000	122,7	108	127,2	24,2

Im Verhältnis zur klimarelevanten CO₂-Reduzierung von 120.000 kg/Jahr wirken sich die Mehrbelastungen für die Schadstoffe SO₂, Nox und CO mit insgesamt 358 kg gering aus.

Für den Standort Siegen, Giersberg, ergeben sich folgende Immissionsgrenz- und Immissionsmesswerte :

Schadstoff	Monatsmittel gemessen $\mu\text{g} / \text{m}^3$	Immissions- grenzwert $\mu\text{g} / \text{m}^3$	Prozentualer Anteil am Grenzwert %
Stickstoffmonoxid (NO)	8,5	500	1,70
Stickstoffdioxid (NO ₂)	14,0	100	14,00
Schwefeldioxid (SO ₂)	18,0	1.000	0,02
Schwebstaub	27,0	250	10,00

Trotz der geringfügig gestiegenen Schadstoffemissionen ist nicht zu erwarten, dass es im Umfeld der Heizungsanlage zu nachweisbaren Erhöhungen der Immissionsbelastung kommt. Der Standort am Oberhang des Giersberges weist eine deutlich bessere Durchlüftung auf als die Tallagen, so dass dort aus Heizungsanlagen und Straßenverkehr emittierte Abgase rasch verdünnt und abtransportiert werden.

Dies spiegelt sich auch in den vom Landesumweltamt NRW am Standort Giersberg durchgeführten Immissionsuntersuchungen (1997 / 2000) wider, indem dort die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte der TA Luft für Schwefeldioxid, Stickstoffoxide, Kohlenmonoxid und Schwebstaub um ein Vielfaches unterschritten werden.

Weitere Fragen des Bauausschusses sind wie folgt zu beantworten :

1. Die Gemeinde Wilnsdorf hat eine wirtschaftliche Überprüfung einer Holzfeuerung bisher nicht vorgenommen.
2. Der Brandschutz ist insofern gesichert, als der Heizraum und das Brennstofflager feuerbeständig sind und die Brennstoffzufuhr vor dem Kessel durch zwei unabhängig voneinander arbeitende Löscheinrichtungen entsprechend den Vorschriften gesichert ist.
3. Die Holzversorgung kann durch einen langfristigen Vertrag gesichert werden, wobei dann der Holzpreis an den Ölpreis gekoppelt wird.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Jährliche Folgekosten	FINANZIERUNG Eigenanteil	FINANZIERUNG Objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich
------------------------------	--------------------------	-----------------------------	---	---

VERANSCHLAGUNG

<input type="checkbox"/> im VermH 2002	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 129.000,00 €	Haushaltsstelle 1.280.5000.0
--	---	-------------------------------	---	---------------------------------

Im Auftrag

Anlagen : 2

Schul

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9 / Straße und Verkehr
Bearbeitet von: Frau Schreiber

Datum
29.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bauausschuss	10.06.2002
Verkehrsausschuss	13.06.2002
Bezirksausschuss IV - Mitte	18.11.2002

Betreff:

Ausbau der Stadtstraße Fludersbach - von der Frankfurter Straße bis Einmündung Peipers Halde -

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, die Stadtstraße Fludersbach von der Frankfurter Straße bis zur Einmündung Peipers Halde, wie in dem als Anlage beigefügten Plan dargestellt, auszubauen.

Sachverhalt / Begründung:

Gemäß dem Beschluss des Bauausschusses vom 10.09.2001 sollte die Baumaßnahme "Fludersbach" zur Vergabe vorbereitet werden.

Die Entwurfsplanung ist inzwischen abgeschlossen. Der Zuschussantrag befindet sich zur Prüfung bei der Bezirksregierung Arnsberg.

Der Zustand von Fahrbahn, Gehweg und Bankett ist unzureichend.

Die Untersuchung des vorhandenen bituminösen Oberbaues ergab aus 15 gezogenen Bohrkernen eine mittlere Stärke von 15 cm.

Der neue bituminöse Aufbau erfolgt gemäß Bauklasse II, d.h. er wird insgesamt 26 cm dick.

Straßenquerschnitt und Linienführung der geplanten Straße entsprechen im Wesentlichen der vorhandenen Situation. Die Trassierung der vorhandenen Fahrbahn wurde überarbeitet, was nur relativ kleine Veränderungen in Höhe und Lage zur Folge hat. Angleichungen an die vorhandenen Bebauung werden somit auf das Notwendige begrenzt.

Der geplante Ausbauquerschnitt setzt sich aus 7,50 m Fahrbahn, 2,25 m rechtsseitigem Gehweg und 1,00 m linksseitigem Bankett zusammen.

Auf einer Länge von ca. 90 m (ca. Stat. 0+90.000 bis 0+180.000) werden Fahrbahn und Gehweg mit B_{\min} Gehweg = 1,50 m und B_{\min} Fahrbahn = 6,50 m aufgrund der dichten Bebauung eingeengt.

Alle Bushaltestellen werden mit Buskapsteinen ausgerüstet und die Busbuchsituation im Einmündungsbereich Frankfurter Straße wird verbessert.

Die Einmündung Fludersbach / Frankfurter Straße wird aus Gründen der Verkehrssicherheit signalisiert. Nach Maßgabe des Verkehrsausschusses hat die Unfallkommission unter Beteiligung des Verkehrsingenieurs der Bezirksregierung, aus Gründen der Verkehrssicherheit, eine komplette Signalisierung des Knotens Schleifmühlchen unter Einbeziehung der Einmündung Fludersbach vorgeschlagen.

Die vorhandenen Signalanlagen werden erneuert und Freileitungen unterirdisch verlegt.

Zwischen den Häusern Nr. 35 und Nr. 39 muß eine ca. 4 m hohe Schlackebeton-Mauer erneuert werden. Die Maueroberfläche ist größtenteils zerstört und weist 10 bis 20 cm tiefe Ausbrüche vor. Die Dauerhaftigkeit der Mauer ist nicht mehr gegeben. Die neue Mauer wird aus Ortbeton mit einer Bruchsteinverblendung hergestellt.

Die Höhe der Baukosten für den Ausbau der Straße einschließlich der Signalisierungen und der Stützmauererneuerung betragen laut Kostenberechnung 1,513 Mio. €.

Die Maßnahme ist im Investitionsprogramm 2001 - 2005 mit geschätzten Kosten von 1,205 Mio. € (einschl. Haushaltsreste aus 2001 von rd. 180.000 €) veranschlagt. Der etatisierte Eigenanteil beträgt rd. 250.000 €.

Die Veranschlagung beruhte auf einer ersten Schätzung. Die nunmehr vorliegende Kostenberechnung führt zu einem Stadtanteil von rd. 447 T€ (Baukosten insg.: rd. 1,67 Mio. €).

Mit der Maßnahme kann erst begonnen werden, wenn die Finanzierung des zusätzlichen Eigenanteils in Höhe von rd. 198 T€ durch Umschichtungen im Geschäftsbereich 4 sichergestellt ist.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
1,673 Mio. €	5 % der Baukosten = 0 076 Mio. €	0,447 Mio. €	KAG-Beiträge 0,118 Mio.	<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle 1.630.9546.7
--	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	---------------------------------

Im Auftrag

Schul

Anlagen: Lageplan

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 - Städtebau und Umwelt
Bearbeitet von: Herr Schul / Herr König

Datum
15.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bauausschuss

10.06.2002

Betreff:

Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 im Fachbereich 7 - Städtebau und Umwelt

Beschlussvorschlag:

In der nachfolgenden tabellarischen Übersicht zum Haushaltsvollzug im **Verwaltungshaushalt** werden das Fachbereichsbudget sowie der Bewirtschaftungsstand zum 30.04. des Jahres 2002 ausgewiesen.

Die Darstellung umfasst darüber hinaus die Prognosen des Fachbereiches zum voraussichtlichen Jahresabschluss und die daraus resultierenden Abweichungen zu der vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen Soll-Vorgabe.

Die Berichterstattung über die Budgetabwicklung erfolgt verwaltungseinheitlich nach vorgegebenen Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungshaushaltes. Die persönlichen Ausgaben lt. SN A sind Bestandteil der zentralen Berichterstattung über den Gesamthaushaltsvollzug!

Sofern die Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis in erheblichem Umfang (negativ) von der Budgetvorgabe 2002 abweicht, sind die maßgeblichen Gründe hierfür erläutert. Andererseits wird in der Konsequenz aufgezeigt, durch welche Entscheidungen (z. B. Verzicht auf die Durchführung vorgesehener Maßnahmen der Höhe und/oder dem Grunde nach) das beschlossene Budget in 2002 eingehalten werden könnte.

Verwaltungshaushalt:

Bewirtschaftungsstand 30.04.2002

	HH-Soll €	AO-Soll 30.04.2002 €	AO-Soll 31.07.2002 €	AO-Soll 31.10.2002 €	Prognose zum Jahres- ergebnis €	Abweichung der Prognose vom H.-Soll
Steuern, Allg. Zuweisungen	0	0			0	0
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	1.470.650	538.365			1.370.650	-100.000
Sonstige Finanzeinnahmen	10.500	22.272			10.500	0
Einnahmen gesamt	1.481.150	560.637	0	0	1.381.150	-100.000

Sonstige Personalausgaben	29.000	8.976			29.000	0
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	218.705	44.225			218.605	-100
Zuweisungen und Zuschüsse	3.500	0			3.500	0
Sonstige Finanzausgaben	0	0			0	0
Ausgaben gesamt (ohne SN A)	251.205	53.201	0	0	251.105	-100

Zuschuss (-) / Überschuss (+)	1.229.945	507.436	0	0	1.130.045	-99.900
--------------------------------------	------------------	----------------	----------	----------	------------------	----------------

Erläuterungen zu wesentlichen Abweichungen:

Bezogen auf das Jahresergebnis wird zum derzeitigen Zeitpunkt für den Fachbereich 7 eine Mindereinnahme von rd. 100.000,00 € prognostiziert. Diese Summe ergibt sich insgesamt aus der Haushaltsstelle

1.613.1000.0 - Bauscheingebühren -.

Die Festlegung der Einnahme "Bauscheingebühren" (HH-Soll 1,1 Mio. €) ist im Rahmen der jährlichen Mittelanmeldung zwangsläufig mit einem hohen Planungsrisiko verbunden, das nahezu ausschließlich von außen beeinflusst wird.

Da die Entwicklung einiger Großprojekte zur Zeit noch nicht erkennbar ist, wurde die Einnahme für das laufende Jahr vorsorglich um 100.000,00 € reduziert.

Sollte diese Mindereinnahme auch zum Jahresende bestehen, kann - auch im Hinblick auf die Höhe des Gesamtsolls bei Einnahme und Ausgabe - dieser Betrag im Fachbereich 7 nicht zusätzlich erwirtschaftet werden. Maßnahmen zum Budgetausgleich auf Geschäftsbereichsebene werden - falls erforderlich - bis zum nächsten Berichtstermin erörtert.

Vermögenshaushalt:

In der Anlage 1 ist der Haushaltsvollzug im Fachbereich 7 dargestellt.
Informationen zum Stand der Einzelmaßnahmen können bei Bedarf in der Sitzung erfolgen.

Im Auftrag

Schul

Anlagen : 1

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 8 / Grünflächen
Bearbeitet von: Herrn Bonstein / Herrn Kölsch

Datum
23.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bauausschuss

10.06.2002

Betreff:

Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 im Fachbereich 8 - Abt. 8/1 - Grünflächen - (Bereich Bestattungswesen)

Beschlussvorschlag:

Sachverhalt / Begründung:

In der nachfolgenden tabellarischen Übersicht zum Haushaltsvollzug im **Verwaltungshaushalt** werden das **Fachbereichsbudget** sowie der Bewirtschaftungsstand zum 30. 04. des Jahres 2002 ausgewiesen.

Die Darstellung umfasst darüber hinaus die Prognosen des Fachbereiches zum voraussichtlichen Jahresabschluss und die daraus resultierenden Abweichungen zu der vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen Soll-Vorgabe.

Die Berichterstattung über die Budgetabwicklung erfolgt verwaltungseinheitlich nach vorgegebenen Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungshaushaltes. Die Persönlichen Ausgaben lt. SN A sind Bestandteil der zentralen Berichterstattung über den Gesamthaushaltsvollzug.

Sofern die Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis in erheblichem Umfang von der Budgetvorgabe 2002 abweicht, sind die maßgeblichen Gründe hierfür erläutert. Andererseits wird in der Konsequenz aufgezeigt, durch welche Entscheidungen (z. B. Verzicht auf die Durchführung vorgesehener Maßnahmen der Höhe und/oder dem Grunde nach) das beschlossene Budget in 2002 eingehalten werden könnte.

Verwaltungshaushalt:Bewirtschaftungsstand 30.04.2002

	HH-Soll €	AO-Soll 30.04.2002 €	AO-Soll 31.07.2002 €	AO-Soll 31.10.2002 €	Prognose zum Jahres- ergebnis €	Abweichung der Prognose vom H.-Soll
Steuern, Allg. Zuweisungen	0	0			0	0
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	3.250.700	508.958			3.181.700	-69.000
Sonstige Finanzeinnahmen	0	0			0	0
Einnahmen gesamt	3.250.700	508.958	0	0	3.181.700	-69.000

Sonstige Personalausgaben	0	0			0	0
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	4.106.521	991.800			4.106.521	0
Zuweisungen und Zuschüsse	1.500	0			1.500	0
Sonstige Finanzausgaben	0	0			0	0
Ausgaben gesamt (ohne SN A)	4.108.021	991.800	0	0	4.108.021	0

Zuschuss (-) / Überschuss (+)	-857.321	-482.842	0	0	-926.321	-69.000
--------------------------------------	-----------------	-----------------	----------	----------	-----------------	----------------

Erläuterungen zu wesentlichen Abweichungen:***Einnahmen des Verwaltungshaushaltes***

Bezogen auf das Jahressoll von 3,25 Mio. € wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Mindereinnahme von 69.000 € bei den Bestattungsgebühren prognostiziert. Dies entspricht 2% des Einnahmesolls. Die Abweichung ist allein im Kalkulationsrisiko begründet und als gering einzustufen. Gegensteuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich.

Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

Bei den Ausgaben werden keine Abweichungen von der Sollvorgabe (4,11 Mio. €) erwartet.

Vermögenshaushalt:

Abweichungen im Bereich des Bestattungswesens werden weder bei den Einnahmen (Soll 2.000 €) noch bei den Ausgaben (Soll 230.000 €) erwartet.

Im Auftrag

Bonstein

Anlagen: keine

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich	4	Datum
Fachbereich	9 - Bauverwaltung / Straße und Verkehr	23.05.2002
Bearbeitet von:	Herrn Schul / Herrn Kölsch	

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bauausschuss

10.06.2002

Betreff:

**Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 im Fachbereich 9 -
Bauverwaltung / Straße und Verkehr**

In der nachfolgenden tabellarischen Übersicht zum Haushaltsvollzug im **Verwaltungshaushalt** werden das Fachbereichsbudget sowie der Bewirtschaftungsstand zum 30. 04. des Jahres 2002 ausgewiesen.

Die Darstellung umfasst darüber hinaus die Prognosen des Fachbereiches zum voraussichtlichen Jahresabschluss und die daraus resultierenden Abweichungen zu der vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen Soll-Vorgabe.

Die Berichterstattung über die Budgetabwicklung erfolgt verwaltungseinheitlich nach vorgegebenen Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungshaushaltes. Die persönlichen Ausgaben lt. SN A sind Bestandteil der zentralen Berichterstattung über den Gesamthaushaltsvollzug.

Sofern die Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis in erheblichem Umfang von der Budgetvorgabe 2002 abweicht, sind die maßgeblichen Gründe hierfür erläutert. Andererseits wird in der Konsequenz aufgezeigt, durch welche Entscheidungen (z. B. Verzicht auf die Durchführung vorgesehener Maßnahmen der Höhe und/oder dem Grunde nach) das beschlossene Budget in 2002 eingehalten werden könnte.

Verwaltungshaushalt:

Bewirtschaftungsstand 30.04.2002

	HH-Soll €	AO-Soll 30.04.2002 €	AO-Soll 31.07.2002 €	AO-Soll 31.10.2002 €	Prognose zum Jahres- ergebnis €	Abweichung der Prognose vom H.-Soll
Steuern, Allg. Zuweisungen	0	0			0	0
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	771.950	411.337			744.413	-27.537
Sonstige Finanzeinnahmen	1.000	14			1.000	0
<u>Einnahmen gesamt</u>	<u>772.950</u>	<u>411.351</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>745.413</u>	<u>-27.537</u>

Sonstige Personalausgaben	0	0			0	0
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	6.314.427	3.888.606			6.474.128	159.701
Zuweisungen und Zuschüsse	0	0			0	0
Sonstige Finanzausgaben	0	0			0	0
<u>Ausgaben gesamt (ohne SN A)</u>	<u>6.314.427</u>	<u>3.888.606</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>6.474.128</u>	<u>159.701</u>

<u>Zuschuss (-) / Überschuss (+)</u>	<u>-5.541.477</u>	<u>-3.477.255</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-5.728.715</u>	<u>-187.238</u>
--------------------------------------	-------------------	-------------------	----------	----------	-------------------	-----------------

Erläuterungen zu wesentlichen Abweichungen:

Einnahmen des Verwaltungshaushaltes

Bezogen auf das Jahressoll wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Mindereinnahme von rd. 28.000 € prognostiziert. Dies entspricht knapp 4% des Einnahmesolls von rd. 773.000 €. Die Abweichungsursache liegt in der zu hoch angesetzten Einnahmeerwartung bei den neuen Parkscheinautomaten, für die noch keine Erfahrungswerte hinsichtlich der Einnahmееinschätzung bestehen. Die Hochrechnung lässt zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine um etwa 80.000 € geringere Einnahme gegenüber dem HHSoll von 350.000 € erwarten.

Teilweise ausgeglichen werden die Mindereinnahmen durch eine überplanmäßige Einnahme in Form einer Versicherungsleistung von 53.000 € bei den Gebühren des Straßenverkehrsamtes.

Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

Die Ausgaben werden nach derzeitiger Einschätzung um rd. 160.000 € über dem HHSoll von 6.264.677 € liegen. Das entspricht einer negativen Abweichung von 2,5 %.

Die Hauptursache hierfür liegt darin, dass Stromrechnungen für die Straßenbeleuchtung aus 2001 nach 2002 verschoben worden sind. Diese Verschiebung bewirkt alleine eine Abweichung von 139.000 €

Hinzuzurechnen sind Mehraufwendungen von etwa 15.000 € für Pflichtuntersuchungen von Brücken, für die die bewilligten Haushaltsmittel von 50.000 € nicht ausreichen.

Aufgrund der im Verhältnis zum HHSoll relativ geringfügigen Abweichungen bei den Einnahmen und Ausgaben des Fachbereiches 9 besteht zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch kein Anlass, konkrete Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen, da die Abweichungen möglicherweise noch im Rahmen des Deckungsringes ausgeglichen werden können.

Vermögenshaushalt: (siehe Anlagen 1 und 2)

In den Anlagen sind die zu erwartenden finanziellen Abweichungen bei den Einnahmen (Anlage 1) und Ausgaben (Anlage 2) des Vermögenshaushaltes des Fachbereiches 9 dargestellt und erläutert. Gleichzeitig wird jeweils das Gesamtsoll der Einnahmen und Ausgaben ausgewiesen.

Die im Sinne des Haushaltsvollzuges planmäßig verlaufenden Maßnahmen sind nicht aufgeführt.

Im Auftrag

Schul

Anlagen: 2